

PFAD Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien e.V.



PFAD

Stellungnahme des PFAD Bundesverbandes zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher

26.06.2015

Der Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien begrüßt den Versuch einer bundesgesetzlichen Regelung zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher. Besonders gut finden wir die eindeutige Verpflichtung, dass alle Maßnahmen für ausländische Kinder und Jugendliche am Wohl des Kindes ausgerichtet werden. Insbesondere die Regelungen des § 42b Absatz 4 bieten die Möglichkeit, wirklich das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt zu stellen.

Der Gesetzesentwurf heißt „Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher“, das würde alle Kinder und Jugendlichen einschließen, die mit ihren Eltern als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Im Gesetz selbst finden sich nur Regelungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Der Titel des Gesetzes steht somit nicht in einem engen Zusammenhang mit dem angestrebten Regelungen. Das finden wir veränderungswürdig.

Nicht verständlich ist die „Kostenfrage“! Es ist schon lange kein Geheimnis, dass viele Kommunen kaum noch in der Lage sind, ihre Sozialausgaben zu finanzieren. Jugendhilfeleistungen gehören dazu.

Hier haben wir ein höheres finanzielles Engagement des Bundes erwartet. Es kann nicht sein, dass die kommunale Jugendhilfe, vor allem in strukturschwachen Regionen, ihren Leistungskatalog noch weiter nach unten schraubt. Qualitativ gute Jugendhilfe schützt den gesamten Staat vor teuren Ausgaben für gestrandete (erwachsene) Menschen.

Es gibt auf Bundesebene Fonds Heimerziehung, Fonds sexueller Missbrauch, ...

Warum ist es nicht möglich, einen Fonds für die Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher auf Bundesebene zu entwickeln. Aus diesen Fonds können die Kommunen, die die Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher realisieren, Mittel bekommen.

PFAD Bundesverband
der Pflege- und
Adoptivfamilien e.V.

www.pfad-bv.de
www.pfad.wordpress.com

Adresse: Oranienburger Str. 13-14
10777 Berlin
Telefon: 030 9487 9423
Telefax: 030 4798 5031
E-Mail: info@pfad-bv.de
Internet: www.pfad-bv.de

Träger der freien Jugendhilfe,
vom Finanzamt als gemeinnützig
anerkannt,
Projektleitung der
Bundesarbeitsgemeinschaft
ADOPTION und INPFLEGE